

# MEMORANDUM 2010

## Sozial-ökologische Regulierung statt Sparpolitik und Steuergeschenken

– Kurzfassung –

- 1. Steiniger Weg aus der Krise**
  - 1.1 Drohende Stagnation
  - 1.2 Finanzmarktkrise durch Regulierung überwinden
- 2. Arbeitszeitverkürzung verhindert Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt**
- 3. Finanzpolitik in der Krise**
- 4. Alternativer Entwicklungspfad aus der Krise**
  - 4.1 Alternativen zum neoliberalen weiter so
  - 4.2 Von Konjunkturprogrammen zu Zukunftsinvestitionen und höherer öffentlicher Beschäftigung
  - 4.3 Gegen den Finanzkollaps: Sofortprogramm für die Kommunen
  - 4.4 Mehr Steuern für mehr Gerechtigkeit
  - 4.5 Alternative Ökonomie zur Ressourceneinsparung
  - 4.6 Demokratisierung als Grundlage eines neuen Entwicklungstyps

Die größte Wirtschafts- und Finanzmarktkrise seit den 1930er Jahren hat das seit drei Jahrzehnten weltweit dominierende neoliberale Dogma der Überlegenheit freier Märkte widerlegt. Dennoch fällt es der herrschenden Politik und den neoliberalen Mainstream-Ökonomen schwer, die wahren Ursachen der Krise zu benennen: In vielen Volkswirtschaften hat die zunehmende Umverteilung von unten nach oben zu einem enormen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote geführt. Dadurch wurde der Massenkonsum geschwächt. Der parallele Anstieg der Gewinnquote führte – anders als die Neoliberalen immer wieder behaupten – nicht zu vermehrten realwirtschaftlichen Investitionen und damit auch nicht zu

einem Anstieg der Beschäftigung. Insbesondere in Deutschland lahmt die Binnenwirtschaft aufgrund der hier vollzogenen extremen Umverteilung seit Jahren. Auch eine boomende deutsche Exportwirtschaft konnte die schwache Binnennachfrage nicht ausreichend kompensieren. Deshalb kam es in Deutschland zu einer „gespaltenen Konjunktur“ mit einer Wachstums- und Beschäftigungsschwäche auf der einen Seite und zu enorm hohen Leistungsbilanzüberschüssen auf der anderen Seite, die bei den Handelspartnern zu Auslandsschulden und damit zu Finanzierungsproblemen führten. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* weist seit Jahren darauf hin, dass die Umverteilungspolitik zugunsten der Unter-

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

nehmens- und Vermögenseinkommen, die durch eine völlig verfehlte staatliche Steuer- und Abgabepolitik noch verschärft wurde, die Finanzmärkte mit reichlich Ersparnissen versorgt hat. Das sich hierdurch in Relation zur produzierenden Wirtschaft aufbauende und disproportional verteilte Vermögen fand immer geringere reale Verwertungsmöglichkeiten. Weitere Krisenursachen waren die verstärkte Privatisierung der Alterssicherungssysteme (in Deutschland die Teilprivatisierung durch die Einführung der „Riester-Rente“) und eine entstaatlichte bzw. liberalisierte Finanzwelt, welche die Kreierung von unseriösen „Finanzprodukten“ ermöglichte.

Die vor diesem Hintergrund entstandene Wirtschafts- und Finanzkrise hat tiefe Spuren hinterlassen. Im Jahr 2009 ging die weltwirtschaftliche Produktion erstmalig in der Nachkriegszeit zurück. Im Winterhalbjahr 2008/09 schrumpfte der Welthandel um fast 20 Prozent. Aufgrund der über Jahre entstandenen und politisch geförderten hohen Exportlastigkeit sank das Bruttoin-

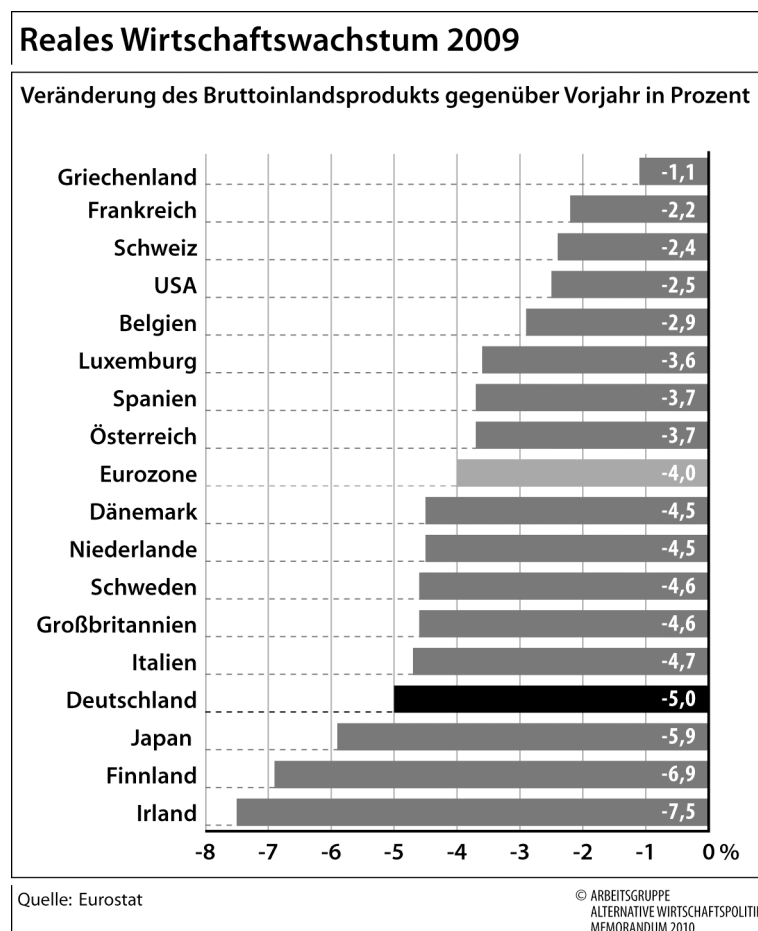
landsprodukt in Deutschland um fünf Prozent und damit im internationalen Vergleich besonders stark. Die Exporte brachen mit einem Minus von 14,7 Prozent ein, die Bruttoinvestitionen gingen um 12,5 Prozent zurück. Die private Konsumnachfrage (plus 0,4 Prozent) als größte Komponente der Gesamtnachfrage konnte dies aufgrund sinkender Nettoeallöhne und -gehälter bei weitem nicht kompensieren. Ohne die so genannte Abwrackprämie wäre die Konsumnachfrage sogar ins Minus gerutscht.

Viele sahen in der dramatischen Krise bereits den Untergang eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus und auf dem Grabstein des Neoliberalismus das Jahr 2008 stehen. Tatsächlich hat sich das System durch die Gegenmaßnahmen jedoch als recht stabil erwiesen. Der Absturz konnte im Frühjahr 2009 zumindest gestoppt werden. Für die weitere Entwicklung ist eine Waschbrettkonjunktur zu befürchten.

Doch diese Stabilisierung konnte nur mit einer fundamentalen Abkehr von allen bis dato gepredigten wirtschaftspolitischen Glaubenssätzen erreicht

werden. Die Dramatik der wirtschaftlichen Entwicklung hat die Politik gezwungen, sich von den herrschenden neoliberalen Dogmen zu distanzieren: Dazu gehören z.B. die Aussagen, Konjunkturprogramme seien nutzlos und entfachten lediglich „Strohfeuer“, die Verstaatlichung von Banken sei ein ordnungspolitisch nicht zu vertretender Sündenfall, und Arbeitszeitverkürzung sei als Instrument zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit untauglich.

Auch wenn die Konjunkturpakete der Bundesregierung – gerade im Vergleich zu den amerikanischen, japanischen oder chinesischen Programmen – sowohl in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht deutliche Mängel aufweisen,



zielten sie zumindest in die richtige Richtung. Anstatt den Abwärtskurs der Wirtschaft, wie in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre geschehen, durch Einsparungen noch weiter zu befördern, wurde bewusst auf eine Expansion der Staatsausgaben gesetzt. Hierdurch und durch weitere Eingriffe in den Arbeitsmarkt konnten nicht nur Einbrüche der Wirtschaftsleistung, sondern auch die Folgen auf dem Arbeitsmarkt – zumindest temporär – begrenzt werden.

Die aus der Not geborene aktive Krisenbekämpfung stellt allerdings keineswegs einen Paradigmenwechsel der herrschenden Politik dar. Mit der Festschreibung der Schuldenbremse im Grundgesetz wollte bereits die Große Koalition sicherstellen, dass die relativ wirksame Antikrisenpolitik ein einmaliger Ausrutscher bleibt. Die neue schwarz-gelbe Bundesregierung knüpft in ihrem Koalitionsvertrag und in ihren ersten konkreten Taten („Wachstumsbeschleunigungsgesetz“) an alte politische Muster an.

Obwohl die gegenwärtige Lage durch geringes und unsicheres Wachstum bei abnehmender Beschäftigung gekennzeichnet ist, geht die Regierung wieder zur neoliberalen Tagesordnung über: Während die öffentlichen Haushalte, besonders die der Länder und Kommunen, vor dem Zusammenbruch stehen, ist bereits von einer Konsolidierung durch die Auflage von Sparprogrammen die Rede, und es werden wieder einmal Steuern für Wohlhabende und Unternehmen gesenkt.

Wurde unter dem ersten Schock der Finanzmarktkrise und zur Legitimation der ungeheuren Summen zur Stützung der Banken noch vollmundig die Einführung von effektiven Kontroll- und Steuerungsinstrumenten angekündigt, speisen die Finanzmarktakteure mit neuen Spekulationswellen bereits die nächste Blase. Das Umfeld hierzu haben sowohl rot-grüne als auch schwarz-rote deutsche Regierungen geschaffen. Das vierte Finanzmarktförderungsgesetz, das Investmentmodernisierungsgesetz – das Hedge-Fonds in Deutschland zuließ –, der massiv geförderte Verbriefungsmarkt oder auch die Steuerbe-

freiung der den Verbriefungen zwischengeschalteten Zweckgesellschaften waren nationale Maßnahmen und müssen auch national korrigiert werden. Das ist bisher nicht geschehen.

So dringend notwendig die staatliche Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte ist, so wichtig ist es zu erkennen, dass die realwirtschaftliche Krise nicht bloß eine Folge der Finanzmarktkrise ist. Sie ist auch nicht lediglich eine konjunkturelle Erscheinung, sondern Resultat langfristiger Ungleichgewichte zwischen hohen Gewinnen und hoher Ersparnis bei zugleich relativ knapper werdenden Möglichkeiten, die Ersparnisse in der Realwirtschaft rentabel anzulegen. Die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung nimmt zu und kann das Nachfrageniveau, das bei gegebenen Produktivitätssteigerungen zur Absorption der Ersparnis und zur Nutzung der aufgebauten Kapazitäten notwendig wäre, nicht mehr sichern. Die Lohnquote stürzte von 71,0 Prozent im Jahr 1991 auf 64,2 Prozent im Jahr 2007 ab. (Aufgrund der einbrechenden Gewinne in den Krisenjahren 2008 und 2009 stieg die Quote wieder leicht, auf zuletzt 67,5 Prozent, an.) Die Lücke zwischen vorausseilenden Produktionsmöglichkeiten und zurückbleibender Nachfrage vergrößerte sich, und Erweiterungsinvestitionen in die Realwirtschaft waren rückläufig. Das ist die Hauptursache von Unterbeschäftigung und Wachstumsschwäche.

## 1. Steiniger Weg aus der Krise

### 1.1 Drohende Stagnation

Trotz Stabilisierung der Konjunktur und leichtem Wachstum ist die Krise bei weitem noch nicht überwunden. Ohne eine grundsätzliche Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist nicht mit einem nachhaltigen Aufschwung zu rechnen. Die Analyse der Entwicklung der einzelnen Wachstumskomponenten – des Exports, des privaten Konsums, der Anlageinvestitionen

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

und der staatlichen Ausgaben – lässt keinen größeren Optimismus zu.

## **Exportentwicklung**

Bis zur Krise war das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland primär exportgetrieben. Der Exportüberschuss stieg zwischen 2000 und 2007 von sieben auf 170 Milliarden Euro steil an. 1,5 Prozentpunkte des Wachstums in Höhe von 2,5 Prozent – und damit fast zwei Drittel – entfielen im letzten Vorkrisenjahr auf den Außenbeitrag. Damit hat der Export auch eine immer größere Bedeutung für den Arbeitsmarkt bekommen. Vom fünfprozentigen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 waren 3,4 Prozentpunkte dem Einbruch des Außenbeitrages geschuldet.

Diese starke Exportabhängigkeit ist auch der Grund dafür, dass Deutschland von der Weltwirtschaftskrise besonders betroffen ist. Insbesondere die USA werden ihre Vorkrisen-Rolle als „Konjunkturlokomotive“ der Welt vermutlich nicht mehr einnehmen können. Hinzu kommt, dass auch viele europäische Staaten aufgrund ihrer Verschuldung ihre Importe verringern müssen werden. Insofern ist nicht damit zu rechnen, dass der Außenhandel wieder dauerhaft zum Wachstumsmotor wird. Denn dazu müsste der Exportüberschuss Jahr für Jahr steigen – und das in einer Welt mit erheblich engeren Verschuldungsgrenzen. Angesichts dieser Situation sind die Wachstumsprognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute für das Jahr 2010, die zwischen 1,2 und 2,1 Prozent liegen und ausschließlich auf der Annahme der Erstarkung des Exports basieren, mit erheblichen Risiken behaftet.

## **Privater Konsum**

Der private Konsum stagnierte bereits im Aufschwung und war geringer als der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts. In der Krise sind die privaten Konsumausgaben bisher recht stabil geblieben. Dass sie im Jahr 2009 nicht ins Minus gerutscht sind, ist erstens tariflichen Einkommenserhöhungen von im Schnitt drei Prozent aus der Spätphase des vorhergehenden Aufschwungs zu verdan-

ken, zweitens der – wenn auch bescheidenen – Rentenerhöhung im Sommer 2009, drittens dem unter anderem dank Kurzarbeit und anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung bisher geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit und last but not least der euphemistisch als „Umweltprämie“ bezeichneten „Abwrackprämie“ für Altfahrzeuge.

Um einen Anstieg des privaten Konsums zu ermöglichen, müsste es den Gewerkschaften gelingen, unter den Bedingungen der Krise die Verteilungsrelationen zu Lasten der Gewinneinkommen zu verschieben. Das bedeutet, es müssten Abschlüsse oberhalb des verteilungsneutralen gesamtwirtschaftlichen Spielraums erzielt werden. Das ist jedoch nicht zu erwarten.

Zusätzlich wird der zu befürchtende Anstieg der Arbeitslosigkeit die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte negativ beeinflussen und damit den privaten Verbrauch erheblich dämpfen. Für eine solche Entwicklung sprechen auch tarifliche Öffnungsklauseln, die stetig sinkende Tarifbindung, drohende Nullrunden bei der Rente, die nach Auslaufen des „Konsumturbos“ Abwrackprämie wieder steigende Sparquote und die zu erwartenden massiven Einsparungen bei sozialen Transfers.

Nettoentlastungen der Konsumenten durch vergangene und möglicherweise kommende Steuersenkungen werden durch massive Absenkungen der staatlichen Ausgaben überkompensiert werden.

Insofern sind die Aussichten für das Jahr 2010 mit Blick auf den privaten Konsum eher schlecht. Unter diesen Bedingungen muss es schon als Erfolg gewertet werden, wenn er nicht sinkt.

## **Anlageinvestitionen**

Auch hinsichtlich der Anlageinvestitionen ist im Jahr 2010 nicht mit einem nennenswerten Wachstumsimpuls zu rechnen. Die Kapazitäten der Unternehmen sind immer noch sehr gering ausgelastet, für Erweiterungsinvestitionen gibt es deshalb keinen Bedarf. Auch Ersatz- bzw. Rationalisierungsbedarfe halten sich in Grenzen, da der

Kapitalstock im letzten Aufschwung erheblich modernisiert wurde.

### **Staatliche Ausgaben**

Als letzte Möglichkeit für ein Wiederanspringen des Wachstumsmotors und einen sich selbst tragenden Aufschwung blieben noch die staatlichen Ausgaben. Die Stimulierungsmaßnahmen gingen bislang zwar in die richtige Richtung, waren aber viel zu schwach. Im Jahr 2010 werden selbst diese vergleichsweise eher bescheidenden Zusatzausgaben auslaufen. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird schon durch die Nichtverlängerung der Konjunkturprogramme erheblich belastet.

Bereits erfolgte und noch beabsichtigte weitere umfassende Steuerentlastungen werden die Lage der öffentlichen Haushalte weiter dramatisch verschärfen. Ein künftiger Kahlschlag bei öffentlichen Investitionen und sozialen Leistungen ist vorprogrammiert. Die Kürzungen werden insbesondere in den Ländern und Gemeinden massiv zu Lasten von Wachstum und Beschäftigung gehen. Statt dem Wachstum Impulse zu verleihen, wird der staatliche Sektor es spätestens ab 2011 massiv bremsen.

### **Drohende Kreditklemme**

Die expansive Geldpolitik hat zu einer drastischen Ausweitung der Liquidität geführt. Die Banken haben die günstigen Refinanzierungsbedingungen jedoch nicht in eine wachsende Kreditversorgung umgesetzt. Deshalb hat die Bundesregierung im Rahmen des Deutschlandfonds über die Banken Hilfen für die Kreditvergabe in Höhe von 40 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Allerdings haben die „Hausbanken“ diese Impulse nur ungenügend weitergegeben. Die Gefahr ist groß, dass das Anziehen der Konjunktur mangels ausreichender Kreditversorgung erheblich gedämpft wird. Bis auf die Einrichtung des Deutschlandfonds und wohlfeile Kritik an den Banken mit der Aufforderung, sie sollten endlich die Staatshilfen zur Auslagerung der faulen Papiere in Bad Banks freiwillig in Anspruch nehmen, hat die Bundesregierung bislang kaum kon-

krete Maßnahmen zur Verbesserung der Kreditversorgung eingeleitet.

Insgesamt deutet die Analyse der einzelnen Wachstumsfaktoren darauf hin, dass ein nachhaltiger Aufschwung nicht in Sicht ist. Ganz im Gegenteil könnte es im Jahr 2011 sogar wieder zu einem Rückschlag kommen. Insofern sind Überlegungen zu einem schnellen „Exit“ aus staatlichen Konjunkturprogrammen völlig fehl am Platz.

Die Analyse der Krisenursachen gibt ausreichend Anlass, endlich die Weichen in Richtung eines weniger krisenanfälligen Wachstumstyps zu stellen. Bedingungen für einen solchen neuen Wachstumstyp sind zum einen die nachhaltige Stärkung der Binnennachfrage durch eine deutliche Steigerung der Arbeitnehmerentgelte und zum anderen eine dauerhafte Erhöhung staatlicher Ausgaben für Umwelt, Bildung und Infrastruktur. Auf diesem neuen Entwicklungspfad muss die öffentliche Beschäftigung nach dem Vorbild der skandinavischen Länder eine zentrale Rolle spielen.

### **1.2 Finanzmarktkrise durch Regulierung überwinden**

Vor der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise ist das Volumen der Anlagen und Transaktionen auf den internationalen Finanzmärkten dramatisch gestiegen – eine Entwicklung, die bereits Ende der 1980er Jahre begann. Befeuert wurde die internationale Finanzmarktintegration durch lang anhaltende außenwirtschaftliche Ungleichgewichte. So bedingt das chronische Leistungsbilanzdefizit der USA eine Nettoschuldnerposition auf dem internationalen Kapitalmarkt; exportorientierte Volkswirtschaften wie Deutschland treten in einem solchen Gefüge als internationale Nettogläubiger auf. Erleichtert wurde die Expansion grenzüberschreitender Finanztransaktionen durch eine weltweite Liberalisierungs- und Privatisierungswelle. Vormalig staatliche Leistungen, wie z.B. die Alterssicherung, wurden zunehmend privatisiert

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

und die internationalen Finanzmärkte so in erheblichem Ausmaß mit zusätzlicher Liquidität versorgt, die renditeträchtige Anlageformen suchte. In Deutschland stieg die Sparquote der privaten Haushalte. Verstärkt wurde dieser Effekt durch eine politisch gewollte Umverteilung von unten nach oben.

Mit dem Ziel, schnelle und spekulative hohe Renditen zu erzielen, sind Finanzmarktprodukte ohne ernsthaften Bezug zur Produktionswirtschaft geschaffen und gehandelt worden. Zusammen mit der Offenlegung mangelnder Werthaltigkeit dieser Spekulationsprodukte gerieten die Finanzinstitutionen in eine schwere Krise. Die Banken mussten massive Abschreibungen vornehmen. Da das Ausmaß der jeweiligen Verluste nicht bekannt ist, haben sich die Banken bei den kurzfristigen Kreditgeschäften untereinander misstraut. Der so genannte Interbankenmarkt kam zum Erliegen. Das Ende dieser Bankenkrise ist noch lange nicht in Sicht; vielmehr droht sich mangels strenger Regulierung zur Eindämmung dieser Geschäfte eine neue Spekulationsblase herauszubilden. Die „Verpackungsaktivitäten“ sowie die Spekulationsgeschäfte mit der weltweit hohen Liquidität („hot money“) blühen aufs Neue. Bereits jetzt ist die Aktienmarktentwicklung wieder deutlich von der realwirtschaftlichen Entwicklung entkoppelt, aber auch von der Entwicklung im Bankensektor.

Die Krise hat vor allem die Kreditinstitute in Deutschland getroffen, die sich zunehmend vom klassischen Bankgeschäft verabschiedet und dafür der Kombination von Kapitalmarktengagement und Kreditgeschäften zugewandt hatten. Dies sind vor allem die privaten Großbanken, aber auch Landesbanken und Spezialkreditinstitute. Die vorsichtig einzuschätzenden vierstelligen Milliardensummen, die als Bedarf an Wertberichtigungen im Zuge der Krise genannt wurden, sind nicht unrealistisch. Ziel der gegen die Krise bislang ergriffenen Maßnahmen ist es keinesfalls, diese Geschäftspraktiken durch Regulierungen zurückzudrängen. Vielmehr kehren die Ban-

ken zu Strategien zurück, die maßgeblich zur Krisenentstehung beigetragen haben. Augenscheinlich haben die privatwirtschaftlich agierenden Entscheidungsträger aus der aktuellen Krise kaum etwas gelernt. Es wird einfach nicht begriffen, dass die von Gier getriebenen Spekulationen auf den Finanzmärkten negative Effekte für die Wirtschaft und die Gesellschaft auslösen, ja, eine Systembedrohung darstellen. Die Rettungsmaßnahmen für die Banken vermitteln eher den Eindruck, dass sich die Übernahme unkalkulierbarer Risiken umso mehr lohnt, je systemrelevanter eine Finanzinstitution ist.

Tatsächlich hat die Bundesregierung zahlreiche Instrumente zur Rettung angeschlagener Kreditinstitute eingesetzt – bis hin zur Teil- und Vollverstaatlichung einzelner Banken. Dabei gilt es aber auch, eine Lehre aus der Krise einiger Landesbanken zu ziehen. Bei vielen von ihnen ist deutlich geworden, dass staatliches Eigentum an Banken keineswegs vor Missmanagement schützt und nur dann einen Sinn hat, wenn auch die staatlichen Eigentumsrechte dazu genutzt werden, verantwortbare Geschäftsmodelle zu entwickeln. Zu fordern ist, dass im Zuge der Erweiterung staatlichen Eigentums im Bankensystem die Mitbestimmung ausgebaut wird. Schließlich muss im Falle einer Verstaatlichung auch das bisherige Management ausgewechselt werden. Es ist fatal, wenn staatliches Eigentum lediglich mit einem „Weiter so“ und gleichzeitig mit staatlicher Haftung einhergeht.

Seit Jahren unterbreitet die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* Forderungen, die darauf zielen, den Finanzsektor auf seine Kernfunktionen zurückzuführen: die Einlagen- und Kreditgeschäfte. Dagegen muss das spekulative Investmentbanking im Sinne einer Risikoabkapselung von diesen „dienenden“ Funktionen abgetrennt und streng reguliert werden.

In Ergänzung zur Regulierung des Finanzmarktsektors fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* die Einführung einer Steuer auf alle Finanztransaktionen. Mit diesem Sand, der ins Getriebe der Fi-

nanzmärkte gestreut wird, lassen sich außerdem hohe Staatseinnahmen erzielen. Dabei sollte jedoch nicht die Einnahmezielung, sondern die Steuerung in Richtung einer Reduktion dieser Finanztransaktionen im Vordergrund stehen.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* sieht vor allem sieben wirtschaftspolitisch relevante Ansatzpunkte zur Schaffung einer tragfähigen Finanzmarktarchitektur:

1. Der Finanzsektor ist als Teil der Infrastruktur zu begreifen, der durch die Gesellschaft kontrolliert wird.
2. Es muss eine Re-Regulierung des Finanzsektors stattfinden, die darauf zielt, den Bankensektor auf seine originäre Funktionen als Intermediär zwischen Kreditnehmer und Kreditgeber auszurichten.
3. Die systemische Relevanz und die Marktmacht einzelner Institute sind zu reduzieren und die persönliche Haftung von Vorständen und Aufsichtsräten zu verstärken.
4. Eigenkapitalanforderungen sind zu erhöhen und gleichzeitig Förderbanken zur Vermeidung von Kreditklemmen zu stärken.
5. Um den gesamtwirtschaftlichen Anforderungen der Geldpolitik – derzeit durch

eine expansive Liquiditätsversorgung – zu optimieren, muss durch Regulierungen verhindert werden, dass diese für Spekulationsgeschäfte (wie etwa die derzeitigen so genannten „Carry Trades“) missbraucht werden.

6. Die Finanztransaktionssteuer ist zügig zu implementieren. Zwar ist eine international abgestimmte Politik wichtig, jedoch sind wegen der Schwierigkeiten bei der Koordination vorlaufende, nationale Alleingänge unvermeidbar.
7. Die Europäische Finanzaufsicht ist für die Mitgliedsländer wirksam zu etablieren.

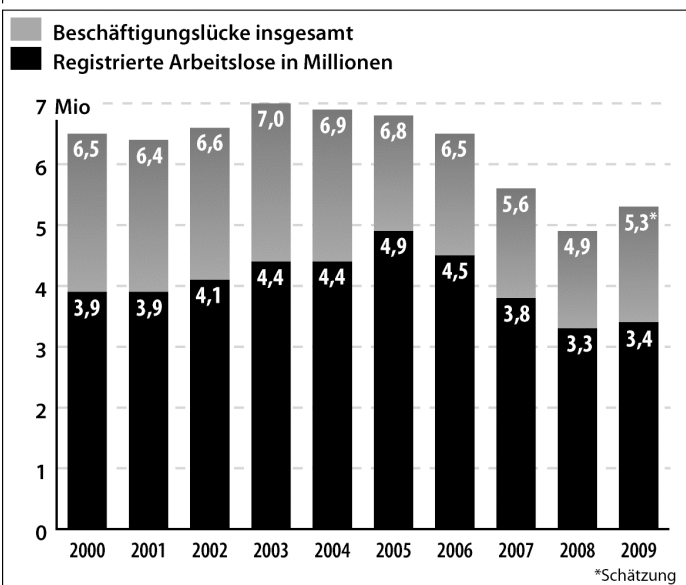
## 2. Arbeitszeitverkürzung verhindert Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt

Die Krise verschärft die Situation auf dem Arbeitsmarkt

Die schwerste Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik hat auch zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Die zu erwartende Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt ist bisher allerdings ausgeblieben. Im Jahresdurchschnitt 2009 gab es 3,4 Millionen registrierte Arbeitslose, 155.000 mehr als im Jahr 2008. Allerdings erfasst diese Zahl nicht die gesamte Arbeitsplatzlücke. Diejenigen, die eine Arbeit suchen, sich aber gar nicht erst bei der Bundesagentur für Arbeit melden („Stille Reserve“), werden in der Statistik nicht berücksichtigt. Die gesamte Beschäftigungslücke umfasste im letzten Jahr etwas über fünf Millionen Stellen!

Für das Jahr 2010 ist von einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit auszugehen. Selbst bei einem relativ starken Wirtschaftswachstum wird es mehrere Jahre dauern, bis das Produktionsniveau vor der Krise wieder erreicht wird. Da in der Zwischenzeit weitere arbeitssparende Produktivitätsfortschritte erzielt werden können, ist eine steigende Arbeitslosigkeit bzw. ein

### Arbeitslosigkeit



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, IAB und eigene Berechnungen

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2010

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

zurückgehendes Arbeitsvolumen eine zwangsläufige Folge.

Dass die Zahl der registrierten Arbeitslosen deutlich geringer ist als vor dem letzten Aufschwung 2006/2008 und auch deutlich geringer als in der letzten Krise, wird oft als Erfolg der zwischen 2003 und 2005 umgesetzten Arbeitsmarktreformen dargestellt. Doch durch die damit verbundene massive Prekarisierung vieler Arbeitsverhältnisse konnte nicht mehr Arbeit geschaffen werden, wie ein Blick auf das Arbeitsvolumen zeigt, das sich im vergangenen Aufschwung 2006-2008 auf einem ähnlichen Niveau wie in der Boomphase im Jahr 2000 befand und im letzten Jahr kräftig gesunken ist.

Die relativ günstige Entwicklung der Beschäftigung bei gleichzeitig kräftig sinkendem Arbeitsvolumen konnte mit einem Instrument erzielt werden, das von vielen längst in die wirtschaftspolitische Mottenkiste verbannt worden war: die Arbeitszeitverkürzung. Mit verschiedenen Maßnahmen, wie z.B. Kurzarbeit, konnte das Arbeitsvolumen, also die insgesamt geleistete Stundenzahl, um 1,2 Millionen Vollzeitstellen reduziert werden.

In der Krise wurde ohne Debatten und sehr pragmatisch ein zeitweiliger Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik vollzogen: weg vom

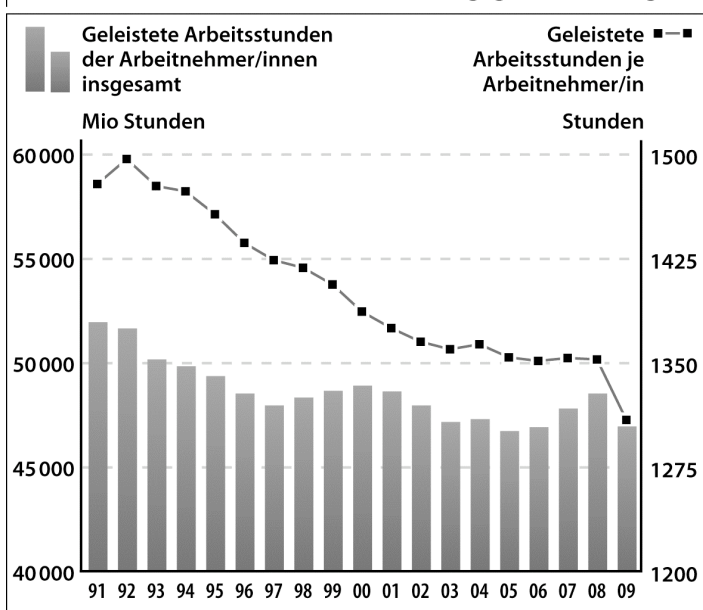
„Fördern und Fordern“ und hin zur Beschäftigungssicherung. Das wichtigste Instrument hierfür war es, die Konditionen der Kurzarbeit für Unternehmen zu verbessern.

Die Arbeitszeit je Beschäftigten wurde in der Krise kräftig reduziert. Neben der Ausweitung der Kurzarbeit wurden die Zahl der Überstunden abgebaut, die Arbeitszeitkonten abgeschmolzen und häufig in den Minusbereich gebracht und die Arbeitszeit über Sonderregelungen (Beschäftigungssicherungsvereinbarungen) in vielen Betrieben verringert. Insgesamt haben alle Beschäftigten im Jahr 2009 im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt 43,5 Stunden (3,2 Prozent) weniger gearbeitet als noch im Jahr 2008.

Die in der Krise praktizierte Arbeitszeitverkürzung erklärt den größten Teil des so genannten Jobwunders. Zu erwarten war, dass die Beschäftigung ungefähr im gleichen Maße wie das Bruttoinlandsprodukt zurückgehen und die Arbeitslosigkeit entsprechend zunehmen würde. Die Zahl der Erwerbstätigen ist aber nur um 0,1 Prozent geschrumpft; bisher schlägt also lediglich ein sehr kleiner Teil der Krisenlasten auf den Arbeitsmarkt durch. Das Arbeitsvolumen ist um 2,9 Prozent zurückgegangen. Bei praktisch stagnierender Zahl der Beschäftigten geht dies ausschließlich auf die oben beschriebenen Formen der Arbeitszeitverkürzung zurück.

Es bleibt ein erheblicher Rest, der nicht durch die Anpassung der Arbeitszeit aufgefangen wird und sich in einem Rückgang der Arbeitsproduktivität je Beschäftigtenstunde um 2,2 Prozent niederschlägt. Das bedeutet, dass die in den Betrieben Beschäftigten während ihrer Arbeitszeit nicht voll ausgelastet sind. Unternehmen versuchen offensichtlich, ihre Fachkräfte zu halten. Das ist ein in diesem Umfang völlig neues, in der Geschichte der Bundesrepublik bisher noch nicht da gewesenes Phänomen.

**Geleistete Arbeitsstunden abhängig Beschäftigter**



Quelle: IAB

© ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK MEMORANDUM 2010



**Arbeitszeitverkürzung verstetigen**

Perspektivisch gilt es, die positiven Erfahrungen mit der Arbeitszeitverkürzung zu verstetigen und den einmal erreichten niedrigeren Bestand der Arbeitszeiten beizubehalten („Einrasteffekte“).

Die Erfahrungen aus den letzten Jahren waren ganz andere: Erstens hat die Verbreitung von Arbeitszeiten im Bereich von 40 Wochenstunden und auch darüber hinaus deutlich zugenommen, wodurch die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten länger geworden ist; zweitens ist die Teilzeitarbeit in ihren verschiedenen Ausprägungen erheblich ausgeweitet worden.

Besonders ins Auge springt der starke Bedeutungsverlust der Arbeitszeit im Bereich der 35 bis 39 Wochenstunden. Der Anteil der Beschäftigten, deren übliche Wochenarbeitszeit in diesem Intervall liegt, hat sich seit Mitte der 1990er Jahre fast halbiert. Dies ist genau der Bereich der Wochenarbeitszeit, in dem sich die tarifvertraglichen Arbeitszeitverkürzungen der 1980er und frühen 1990er Jahre niedergeschlagen hatten.

Zahlreiche Beschäftigte haben in der Krise Erfahrungen mit kürzeren Arbeitszeiten gemacht. Zwar sind die mit Kurzarbeit verbundenen Lohnkürzungen für viele Betroffene schmerzhaft, aber die Erfahrung, den Arbeitsplatz nicht verloren zu haben, ist äußerst positiv. Ähnliches gilt für andere Formen der Arbeitszeitverkürzung in der Krise wie den Überstundenabbau, die Räumung von Arbeitszeitkonten und die individuellen Arbeitszeitverkürzungen. Es ist durchaus vorstellbar, sie auch in Zukunft als arbeitszeitpolitische Normalität beizubehalten. Je stärker dies gelingt, desto geringer wird der Beschäftigungsabbau ausfallen, der in den kommenden Jahren sonst unweigerlich vor allem der deutschen Industrie droht. Viele Beschäftigte mit durchschnittlichen, vor allem aber solche mit überdurchschnittlich hohen Einkommen werden bereit sein, für diese positive Erfahrung auch Einbußen beim individuellen Einkommen in Kauf zu nehmen. Aber nicht für alle Beschäftigten

wäre dies eine tragfähige Lösung – vor allem dann nicht, wenn man bedenkt, wie ungünstig die Lohnentwicklung in den letzten zehn Jahren bereits gewesen ist. Reformierte Beschäftigungssicherungstarifverträge mit partiellem Lohnausgleich und öffentlicher Subventionierung haben das Potenzial, zu einem wichtigen Faktor der Arbeitszeitverkürzung zu werden.

In Zukunft wird es immer mehr auf die Gewöhnung an kürzere Arbeitszeiten ankommen. Beschäftigungssicherungstarifverträge können dabei helfen und anschließend auch den Übergang in eine Phase erleichtern, in der eine öffentliche Subventionierung auslaufen würde. Dabei kommt es darauf an, zunächst ein Sinken der Löhne in den unteren und mittleren Lohngruppen zu vermeiden. Perspektivisch werden durch solche Formen der Arbeitszeitverkürzung die Verteilungskämpfe schärfer. Denn es ist nicht zu akzeptieren, dass die Lohnquote dauerhaft auf einem niedrigen Tiefpunkt verharrt. Ein zukünftiges Wachstum und/oder eine steigende Lohnquote eröffnen aber auch Spielraum für einen vollen Lohnausgleich bei der Arbeitszeitverkürzung.

**Initiative für eine neue Arbeitsmarktpolitik**

In der Arbeitsmarktpolitik bedeutet die pragmatische Nutzung der Arbeitszeitverkürzung eine Abkehr von den Prinzipien der Individualisierung und des „Förderns und Forderns“ aus der Agenda-Politik. Diesen Weg gilt es auf alle Ebenen zu übertragen, um damit zu einem radikalen Neustart in der Arbeitsmarktpolitik zu kommen. Die durch die Arbeitsmarktpolitik begünstigte Prekarisierung von Beschäftigung muss überwunden werden.

In der Krise waren die Leiharbeitenden als erstes von Arbeitslosigkeit betroffen. Sie wurden dazu benutzt, um „atmende Betriebe“ zu ermöglichen. Um eine Umkehr dieser Entwicklung zu erreichen, ist es dringend erforderlich, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verändern. Leiharbeit ist auf den Ansatz kurzfristiger Überbrückungen für Betriebe zurückzuführen.

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Deshalb fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*:

- Die Einsatzdauer von Leiharbeitenden in einem Betrieb muss zeitlich eng befristet und sachlich begrenzt werden (Leiharbeit als befristeter Flexibilitätspuffer und nicht als unbegrenzt einsetzbare Kostensenkungsmethode).
- Mindestforderung ist die Gleichbehandlung und Gleichbezahlung der Leiharbeitskräfte im Betrieb. Noch besser ist entsprechend dem französischen Vorbild ein Flexibilitätszuschlag, der mit einer höheren Bezahlung die zusätzlichen Belastungen aus den häufigen Betriebswechsellern für die Beschäftigten kompensiert.
- Tarifverträge der Leiharbeitsbranche sollen sich ausschließlich auf überlassungsfreie Zeiten bzw. den Einsatz in Unternehmen beziehen, die keine oder nur unzureichende tarifliche Regelungen haben.
- Leiharbeitende sollen der uneingeschränkten Mitbestimmung im Entleihbetrieb unterliegen und das aktive Wahlrecht bei der Wahl der Arbeitnehmervertretung haben.
- Der Anteil der Leiharbeitenden an der Gesamtbelegschaft im Entleihbetrieb soll mitbestimmungspflichtig werden.
- Das „Synchronisationsverbot“ (Verbot der Koppelung des Arbeitsvertrags an Verleihsätze) muss wieder eingeführt werden.
- Leiharbeitende sollen in verleihfreien Zeiten das Recht auf für sie kostenfreie Qualifizierung erhalten.

Die Auseinandersetzung mit atypischen Beschäftigungsverhältnissen auch über die Leiharbeit hinaus bleibt ein zentrales Thema. Werkverträge, unbezahlte Praktikumsverhältnisse und ausschließlich befristete Arbeitsverträge müssen ihre gesellschaftliche Akzeptanz verlieren.

Angesichts der zu befürchtenden Zunahme der Zahl der Arbeitslosen ist es dringend notwendig, die Absicherung der materiellen Bedingungen für die Betroffenen und die von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftig-

ten zu verbessern. Zentrales Ziel muss es sein, die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld I auf mindestens 24 Monate zu erhöhen. Bei der Höhe des Arbeitslosengeldes II ist die vom Bundesverfassungsgericht festgestellte Verfassungswidrigkeit der Regelsatzberechnung der Ansatzpunkt, die diskriminierende Praxis nicht existenzsichernder Leistungen zu beenden. Die Höhe des Arbeitslosengeldes II muss endlich im Sinne der Armutdefinition der Europäischen Union armutsfest werden. Dies wurde von der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* bereits im MEMORANDUM 2005 gefordert und ausführlich erläutert.

Einhergehen muss damit der Ausbau der Weiterbildungsmöglichkeiten. Die Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote sind qualitativ neu zu justieren und mit dem Ziel zu verbinden, eine jeweilige Höherqualifizierung bis zum Erreichen von neuen Berufsabschlüssen zu ermöglichen.

Angesichts der zu befürchtenden – und mit der Steuerpolitik verschärften – Mittelknappheit wächst die Gefahr, die erforderlichen Prozesse zur Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik mit dem Argument der Nichtfinanzierbarkeit abzuschmettern.

Gefordert sind Initiativen, die zu einer Neugestaltung arbeitsschaffender Maßnahmen führen. Diese müssen eine tarifübliche Bezahlung, eine vollständige Sozialversicherungspflicht und flexible Laufzeiten bis zu fünf Jahren gewährleisten. Betreuungs- und Qualifikationsanteile stellen die Heranführung einer durch andauernde Arbeitslosigkeit dequalifizierten und mittlerweile arbeitsmarktfernen Personengruppe an „richtige“ Stellen im ersten Arbeitsmarkt oder für längerfristige Beschäftigungsprojekte im neu zu schaffenden öffentlichen Beschäftigungssektor sicher.

Die Neuordnung des Arbeitsmarktes muss in Zusammenhang mit veränderten Arbeitszeitregimes angelegt werden und ist unumgänglich mit der Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von zehn Euro pro Stunde sowie mit einer Veränderung der Reformausrichtungen in den weite-

ren Bereichen der atypischen Beschäftigung zu verknüpfen.

### 3. Finanzpolitik in der Krise

Der ökonomische Absturz im letzten Jahr schlug sich in den öffentlichen Haushalten in doppelter Weise nieder: Der krisenbedingte Einbruch vor allem der Steuereinnahmen ist durch steigende staatliche Krisenkosten verstärkt worden. Die Staatsschulden mussten steigen. Es stellt sich die Frage, wie die Finanzpolitik unter dem Regime krisenbedingt wachsender Staatsschulden auszurichten ist. In ihr gibt es zwei einander ausschließende Strategien: Einer aktiven Finanzpolitik zur Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage vor allem mit Infrastrukturprojekten steht die angebotsorientierte, einzelwirtschaftlich ausgerichtete Politik massiver Steuersenkungen gegenüber. Dabei ist der sehr schnell gestoppte Krisenabsturz im Jahr 2009 der beste Beleg für den Erfolg einer expansiven Finanzpolitik, die es deshalb fortzusetzen gilt.

Während die Weltwirtschaftskrise ab 1928 in Deutschland über vier Jahre anhielt und in den Jahren 1931 und 1932 zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion von jeweils mehr als sieben Prozent führte, blieb der Absturz der jüngsten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise im Jahresdurchschnitt bisher auf fünf Prozent beschränkt. Dieses schnelle Ende ist in vielen Staaten – einschließlich China – maßgeblich auf staatliche Interventionen mittels Konjunkturprogrammen zurückzuführen. Unterstützt wurde diese aktive Finanzpolitik durch eine äußerst unkonventionelle expansive Geldpolitik. Was für die Bundesregierung noch wenige Wochen zuvor ein Unwort war, wurde ab Oktober 2008 salonfähig: Zwei Konjunkturprogramme sind seitdem aufgelegt worden. Diese enthielten zwar auch untaugliche Maßnahmen, aber mit der Schwerpunktsetzung auf insgesamt 17 Milliarden Euro umfassende „Zukunftsinvestitionen“ ist zumindest kurzfri-

stig erfolgreich gegengesteuert worden. In Politik und Wissenschaft nehmen jedoch bereits wieder die Kräfte an Gewicht zu, die den Rückzug des Staates aus der Gesamtwirtschaft propagieren. Diese Exitstrategie ist falsch, denn von einem sich selbst tragenden Aufschwung kann nicht die Rede sein. Vielmehr braucht das Wirtschaftswachstum die Stützen einer expansiven Finanz- und Geldpolitik. Die Bundesregierung muss mit der Erfahrung einer erfolgreichen, gegensteuernden Finanzpolitik im letzten Jahr jetzt auf ein mittelfristig angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm umschalten.

Doch selbst eine pragmatische Finanzpolitik droht am internen Streit der schwarz-gelben Bundesregierung zu scheitern. Einerseits wird in diesem Jahr durch die Akzeptanz einer Neuverschuldung des Bundes in Höhe von 86 Milliarden Euro eine solche eher pragmatische Finanzpolitik betrieben. Allerdings muss sie mit Infrastrukturinvestitionen unterfüttert und mittelfristig angelegt werden. Dagegen richtet sich jedoch andererseits die geradezu gebetsmühlenhaft wiederholte Forderung der FDP nach massiven Steuersenkungen.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* lehnt Steuersenkungen vor allem für Einkommens- und Vermögensstarke schlichtweg ab. Bereits jetzt ist gewiss, dass sich das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ am Ende als Schuldenbeschleunigungsgesetz entpuppen wird. Abgesehen von den steigenden Leistungen für Familien (Kindergeld und Kinderfreibetrag) wird hier eine Klientelpolitik betrieben: Unternehmen und Erben werden bevorteilt. Bei der Hotellerie wurde der Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent auf sieben Prozent abgesenkt. Wird der Bruttopreis für Übernachtungen nicht entsprechend gesenkt, werden die dieses Angebot nutzenden Unternehmen wegen des verringerten Vorsteuerabzugs sogar belastet. Damit ist kein Wachstumsimpuls zu erzielen. Die öffentlichen Haushalte und damit auch die notleidenden Kommunen verlieren dringend benötigte Einnahmen. Die durch die Koalition ab 2011 geplante

große Einkommensteuerreform darf nicht realisiert werden. Denn die beschworenen Selbstfinanzierungseffekte entstammen neoliberalen Propagandaschriften. Theoretisch fundierte empirische Untersuchungen zeigen demgegenüber, dass sich Steuersenkungen nicht über steigende wirtschaftliche Aktivitäten refinanzieren lassen oder gar zusätzliche Steuereinnahmen generieren. Dies gilt übrigens auch für die mehrfache Reform der Unternehmenssteuern der rot-grünen Bundesregierung seit 2001. Am Ende sind über 40 Prozent des Schuldenanstiegs der Jahre 2001 bis 2005 auf diese Politik der Steuergeschenke zurückzuführen.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert deshalb eine aktive, gestaltende Finanzpolitik zusammen mit der Erhöhung der Steuereinnahmen auf der Basis einer gerechten Steuerlastverteilung. Im Mittelpunkt einer von den Steuereinnahmen gestärkten staatlichen Politik steht die Forderung nach einem „Zukunftsinvestitionsprogramm“. Neben den zu erwartenden Selbstfinanzierungseffekten wird auch gezielt die öffentliche Kreditaufnahme zur Finanzierung eingesetzt. Öffentliche Kredite, die heute zur Stärkung der Binnenwirtschaft beitragen und zugleich die Finanzie-

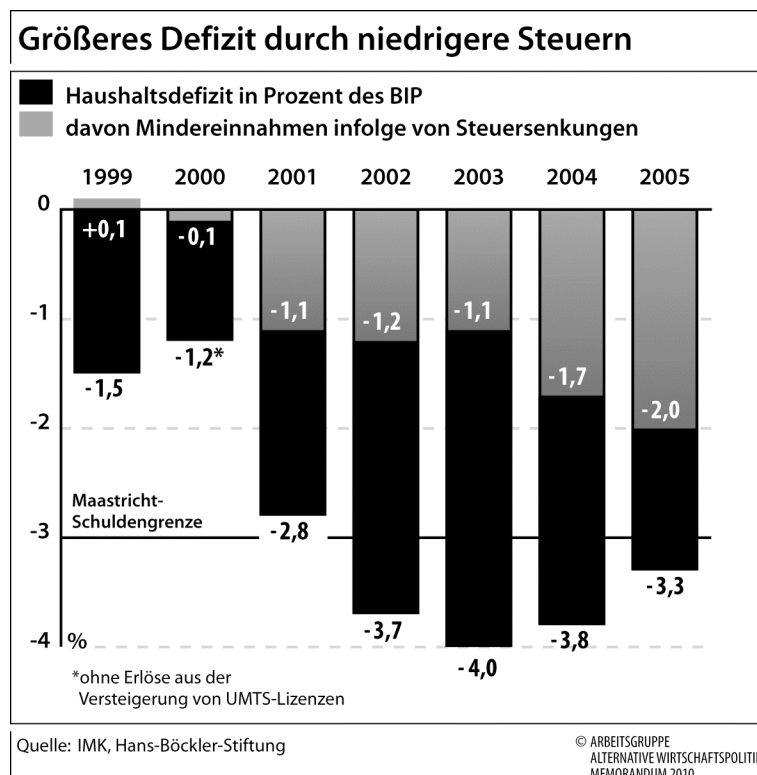
rung von Maßnahmen in Bildung und Umwelt zugunsten künftiger Generationen ermöglichen, sind intergenerativ gut begründet. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* wendet sich deshalb gegen die mechanistische, gesamtwirtschaftlich schädliche Schuldenbremse, die den Ländern ab 2020 die Neuverschuldung verbietet und den Verschuldungsspielraum des Bundes ab 2016 im Prinzip auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts reduziert.

## 4. Alternativer Entwicklungspfad aus der Krise

### 4.1 Alternativen zum neoliberalen „Weiter so“

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* stellt sich dem neoliberalen „Weiter so“ der herrschenden Politik und Mainstream-Ökonomen entgegen. Deshalb fordert sie einen grundsätzlichen Umbau der Wirtschaft in Richtung demokratischer Strukturen, weg vom heute einseitig vorliegenden Machtdiktat des privaten Kapitals. Sie befürwortet diesen alternativen Entwicklungspfad zur Bekämpfung der in

Deutschland bereits seit langem chronisch vorliegenden Massenarbeitslosigkeit seit über drei Jahrzehnten und unabhängig von der akuten Finanz- und Wirtschaftskrise. Allerdings unterstreicht die gegenwärtige Krise noch einmal in besonderem Maße die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Wende in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Alternative Wirtschaftspolitik ist das Gegenstück zu den neoliberal gewollten Umverteilungen von unten nach oben, die in Verbindung mit Privatisierungen (auch der Alterssicherungssysteme), Entstaatlichungen und Deregulierungen die Ursachen der schlimmsten



Weltwirtschaftskrise seit achtzig Jahren sind. Deshalb fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* zur Vermeidung zukünftiger schwerer Wirtschaftskrisen nicht ein Herumdoktern an Symptomen, sondern eine Beseitigung der Krisenursachen.

#### 4.2 Von Konjunkturprogrammen zu Zukunftsinvestitionen und höherer öffentlicher Beschäftigung

Nachdem der Tiefpunkt der Krise überwunden wurde, ein kräftiger, selbsttragender Aufschwung aber dennoch nicht abzusehen ist, gilt es, einen Übergang von kurzfristigen Konjunkturprogrammen hin zu einem mittel- bis langfristigen Zukunftsinvestitionsprogramm zu bewerkstelligen. Ein solches Programm war bereits vor der Krise notwendig, weil auch in Boomzeiten Massenarbeitslosigkeit herrschte, die ökologische Umgestaltung vorangetrieben werden musste und wichtige gesellschaftliche Bedarfe, wie etwa Bildung, sträflich vernachlässigt wurden. In der derzeitigen Situation ist ein solches Programm zudem der richtige Schritt zu einer längerfristigen Stützung der Nachfrage.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* schlägt ein umfassendes öffentliches Investitions-, Beschäftigungs- und Umbauprogramm in Höhe von jährlich 110 Milliarden Euro (etwa vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts) vor. Von diesem Betrag sollen 75 Milliarden Euro in öffentliche Investitionen fließen, 18 Milliarden Euro in öffentlich geförderte Beschäftigung, Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Sektor und die Unterstützung von Arbeitszeitverkürzungen in der Privatwirtschaft sowie 17 Milliarden Euro in die Förderung des Konsums durch die Anhebung der Sätze für das Arbeitslosengeld II.

Das Programm soll zunächst vollständig und dann abnehmend über eine höhere öffentliche Neuverschuldung finanziert werden. Mit der Umsetzung dieses Konzeptes für Steuergerechtigkeit und mit der Generie-

rung von Wachstumseffekten in zukunftsträchtigen Feldern wird die Finanzierung perspektivisch vollständig aus den Steuereinnahmen des Staates ermöglicht. Die Ausgaben für öffentliche Investitionen verteilen sich auf die Bereiche Bildung, kommunale Infrastruktur und Bahninfrastruktur sowie die Förderung der Kultur und des ökologischen Umbaus. Es handelt sich damit nicht um ein Investitionsprogramm im klassischen Sinne, denn es enthält auch Personalausgaben. Das Programm ist im MEMORANDUM 2009 ausführlich dargestellt.

#### 4.3 Gegen den Finanzkollaps: Sofortprogramm für die Kommunen

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert die unverzügliche Auflage eines Sofortprogramms gegen den finanziellen Kollaps der Kommunen. Dramatisch gestiegene Finanzierungsdefizite (im Jahr 2010 wird ein Minus von zwölf Milliarden Euro erwartet) zwingen zu Notprogrammen, die die im Grundgesetz in Art. 28, Abs. 2 garantierte fiskalische Souveränität als Basis der kommunalen Selbstverwaltung massiv gefährden. Dabei sind es einerseits die Folgen der Krise auf der Einnahmen- und Ausgabenseite sowie andererseits die vielen Steuersenkungspakete zu Lasten der Kommunen, die diese Haushaltsnotlage erst erzeugt haben.

Die Wiederherstellung der verfassungsrechtlich garantierten fiskalischen Souveränität der Kommunen, die der Demokratie vor Ort und damit der Selbstverwaltung dienen, ist derzeit die vorrangige Aufgabe im föderalen Bundesstaat. Dazu gehören: die Stärkung der eigenständigen Steuerbasis, ein Verbot von Gesetzen des Bundes zu Lasten der Kommunen sowie eine Rückverlagerung der den Kommunen aufgelasteten Krisenkosten.

Das Sofortprogramm sieht folgende Maßnahmen vor:

- Weitere Pläne für eine erneute Steuersenkung zu Lasten der Gemeinden sind einzustellen. Die Einnahmenverluste bei

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

der Gewerbesteuer zeigen, dass diese wichtigste städtische Steuer keine weiteren Eingriffe verträgt, sondern einer Stabilisierung durch den Umbau zu einer Gemeindegewerbesteuer bedarf.

- Der Bund sollte nach den Konjunkturprogrammen I und II ein mittelfristiges Zukunftsinvestitionsprogramm realisieren. Das von der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* geforderte Zukunftsinvestitionsprogramm sieht 20 Milliarden Euro für die kommunale Infrastruktur vor, um den schon vor der Krise bestehenden Investitionsstau zu beseitigen. Mit der Krise hat sich die Lage noch einmal dramatisch verschärft. Von der Abwicklung her wäre es vorstellbar, wie beim Zukunftsinvestitionsprogramm von 1978 einen Fonds einzurichten, bei dem die Kommunen direkt Anträge für Infrastrukturprojekte stellen können.
- Die Gewerbesteuerumlage, die in diesem Jahr im Umfang von fünf Milliarden Euro den Kommunen zugunsten des Bundes (20 Prozent) und der Länder (80 Prozent) entzogen wird, sollte abgeschafft oder zumindest ersatzweise gekürzt werden. Damit würde diese wichtigste städtische Steuer gestärkt.
- Die Kommunen müssen von den auch mit der Krise wachsenden Sozialausgaben, die ihnen in den letzten Jahren zugerechnet wurden, schleunigst entlastet werden. Dies betrifft bei steigender Langzeitarbeitslosigkeit die explodierenden Kosten für die Unterbringung von Arbeitslosen. Andere Leistungen wie die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung sowie die Grundsicherung im Alter sind vom Bund und den Ländern zu übernehmen. Ziel muss es sein, den Trend hin zur Kommunalisierung sozialer Kosten im Bundesstaat umzukehren.

## 4.4 Mehr Steuern für mehr Gerechtigkeit

Steuern und Abgaben wurden in der Vergangenheit zu einer Umverteilung von un-

ten nach oben eingesetzt. Dem stellt die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* ein „Konzept der Steuergerechtigkeit“ gegenüber, das bei kleinen Einkommen die Steuern senkt und bei großen Einkommen, Vermögen und Unternehmen die Belastung erhöht. Mit einem solchem Konzept wären jährlich rund 80 Milliarden Euro durch eine staatlich verstärkte Umverteilung von oben nach unten generierbar. Hierzu gehören im Einzelnen die folgenden Maßnahmen:

- Bei der Einkommensteuer muss der Spitzensteuersatz von 42 Prozent auf 48 Prozent (plus Solidaritätszuschlag) angehoben werden. Vom Eingangssteuersatz mit 14 Prozent steigt dabei der Grenzsteuersatz linear-progressiv bis zum Spitzensteuersatz an.
- Alle Einkunftsarten (auch Kapitaleinkommen und Dividenden) unterliegen einheitlich dem individuellen Einkommensteuertarif. Die Abgeltungsteuer von 25 Prozent wird wieder abgeschafft.
- Der Körperschaftsteuersatz ist von derzeit 15 Prozent auf 30 Prozent (plus Solidaritätszuschlag) zu erhöhen.
- Anstelle der Gewerbesteuer soll eine kommunale Gemeindegewerbesteuer eingeführt werden. Diese ist als eine eigenständige Steuer der Kommunen zu erheben, mit dem Recht, den Hebesatz autonom festzulegen. Der Gemeindegewerbesteuer unterliegen im Gegensatz zur heutigen Gesetzgebung nicht nur alle Personengesellschaften, sondern auch alle selbstständigen Einzelunternehmerinnen und Einzelunternehmer sowie Freiberuflerinnen und Freiberufler. Als Ertragsbasis werden neben dem Gewinn auch die Wertschöpfungsarten Zinsen, Miete/Pacht und Leasingraten sowie Lizenzgebühren in Ansatz gebracht. Durch Freibeträge in Höhe von 30.000 Euro wird sichergestellt, dass schlecht verdienende Freiberuflerinnen und Freiberufler sowie Selbstständige nicht von der Steuer belastet werden.
- Die seit 1997 ruhende Vermögensteuer auf das Nettovermögen der privaten Haushalte ab einem Vermögenswert von

500.000 Euro ist umgehend wieder zu erheben. Auch der Unternehmenssektor ist in die Vermögensbesteuerung mit einzubeziehen.

- Die Erbschaft- und Schenkungsteuer muss grundlegend novelliert werden. 2007 lag das Aufkommen aus diesen Steuern lediglich bei rund vier Milliarden Euro. Große Erbschaften müssen daher wesentlich höher besteuert werden. Die durch die Bundesregierung betriebene steuerliche Sonderbehandlung der Vererbung bzw. Schenkung eines Unternehmens bei Betriebsfortführung ist abzulehnen.
- Um exzessive Spekulationen an den internationalen Finanzmärkten zu verhindern, muss es zu einer Entschleunigung, d.h. zu einer Verringerung des Umfangs und der Geschwindigkeit der Transaktionen auf den Kapitalmärkten kommen. Dazu schlägt die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* eine internationale Finanztransaktionssteuer vor. Selbst bei einem nur geringen Steuersatz von 0,1 Prozent hätte sich auf Basis der Transaktionsdaten von 2007 für Deutschland ein Aufkommen von insgesamt 27 Milliarden Euro ergeben. Bei diesem geschätzten Aufkommen ist bereits ein deutlicher Rückgang des Transaktionsvolumens berücksichtigt. Darüber hinaus ist die Beteiligung der Banken und Versicherungen an den Kosten der Finanzkrise unabdingbar. Aufgrund der engen Verflechtung der Finanzintermediäre ist eine allgemeine Abgabe von etwa 0,1 Prozent der Bilanzsumme sinnvoll, wie sie in den USA diskutiert wird.
- Steuerhinterziehung darf nicht weiter als ein „Kavaliersdelikt“ gesehen werden, dem man sich durch eine „Selbstanzeige“ entziehen kann. Außerdem sind umgehend Kontrollmitteilungen der Banken – auch grenzüberschreitend – einzuführen, und nicht zuletzt ist das Personal in den Finanzämtern wesentlich aufzustocken. Allein in der Betriebsprüfung fehlen in Deutschland über 3.000 Steuerbeamte. Darüber hinaus soll die Steuerverwaltung

von Bund und Ländern zusammengeführt werden.

#### 4.5 Alternative Ökonomie zur Ressourceneinsparung

Die stark schwankende Preisentwicklung für Energie und Rohstoffe sowie der zunehmende Kampf um die Durchsetzung einer Klimaschutzpolitik sind nur zwei Indikatoren dafür, dass alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik auf nationaler und internationaler Ebene nicht mehr losgelöst von der Umweltschutz-, Klima- und Ressourceneinsparpolitik betrieben werden darf, sondern die Integration dieser Politikfelder in den Mittelpunkt stellen muss. Die aktuelle Weltwirtschaftskrise bietet hierfür auch die besondere Gelegenheit, durch einen vom öffentlichen Sektor und den Staatshaushalten angetriebenen neuen klima- und ressourcenschonenden Entwicklungstyp zugleich sowohl die Beschäftigungskrise wie auch die Umweltkrise zu mindern. Mittel- bis langfristig orientierte öffentliche Investitionsprogramme konzentrieren sich neben der Bildung schwerpunktmäßig auf den energetischen und ökologischen Umbau.

Die gescheiterte Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 wirft ein Schlaglicht auf das „Ende der Welt, wie wir sie kannten“. Obwohl die Konferenz den notwendigen Richtungswechsel hin zu einem verbindlichen Klimaschutz im reichen Norden und zu einem ambitionierten Förderrahmen für den Süden nicht beschlossen hat, ist für die Weltöffentlichkeit deutlich geworden: Die Erhaltung oder Zerstörung der natürlichen weltweiten Lebensgrundlagen ist von den globalen Fragen der Sicherung des Lebensunterhalts im Norden wie auch von der Armutsbekämpfung im Süden nicht mehr zu trennen. Wer weiter glaubt, wegen einer kurzfristigen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik Lösungsbeiträge für die Klima-, Ressourcen- und Armutprobleme in die Zukunft verschieben zu müssen, lebt auf Kosten zukünftiger Generationen.

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die anstehenden Richtungsentscheidungen für die Energiewende, den Klima- und Ressourcenschutz und eine nachhaltige Entwicklung setzen voraus, dass die Politik ihre Handlungs- und Steuerungsfähigkeit gegenüber der Wirtschaft, insbesondere gegenüber den großen Energieversorgungsunternehmen, durchsetzt und dass vor allem bei der Energie-, Verkehrs-, Wirtschafts-, Finanz-, Forschungs- und Bildungspolitik die Nachhaltigkeit als Leitziel ressortübergreifend umgesetzt wird.

Heute kann kaum noch bestritten werden, dass ein durch aktiven Klimaschutz forcierter Strukturwandel wirtschaftlich weit mehr Chancen als Risiken impliziert. Das gilt mittel- und erst recht langfristig, wenn die vermiedenen exorbitanten zukünftigen Schäden schon heute berücksichtigt werden. Der von der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* vorgeschlagene alternative Entwicklungsweg treibt den ökologischen Umbau der Gesellschaft auf verschiedenen Ebenen voran. In den zusätzlichen öffentlichen Investitionen liegt der Schwerpunkt auf Infrastrukturausgaben, die den Ressourcenverbrauch einschränken und die Ressourceneffizienz steigern. Dazu gehört die energetische Gebäudesanierung, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die verstärkte Nutzung regenerativer Energien und die Förderung der Ressourceneffizienz in Produktionsunternehmen. Mit der Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung, vor allem für die Bildung und die Deckung sozialer und kultureller Bedarfe, wird ein Entwicklungsweg gefördert, der Wachstum und Wohlstand nicht vorwiegend „in Beton gegossen“ sehen möchte.

## 4.6 Demokratisierung als Grundlage eines neuen Entwicklungstyps

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert die Einführung einer Wirtschaftsdemokratie in den Unternehmen.

Dabei geht es auch um ethische Belange in der Ökonomie, um Freiheit der Individuen und um eine Zurückdrängung von entwürdigenden ökonomischen Abhängigkeiten, die sich aus der Eigentumsfunktion an Produktionsmitteln ergeben. Deshalb muss es zu einer Abschaffung des „Investitionsmonopols des Kapitals“ (Erich Preiser) durch eine demokratische, partizipative Unternehmenskultur kommen. Bausteine sind hier insbesondere eine kodifizierte und institutionalisierte volle paritätische Mitbestimmung in den Unternehmen bis hin zu einer materiellen Teilhabe in Form von Gewinn- und Kapitalbeteiligungen oberhalb einer am Flächentarifvertrag orientierten Entgeltspolitik.

Nicht das Kapital ist zu schützen, sondern der originäre „Faktor“ Arbeit – der Mensch. Erst durch die Beschäftigten und ihre verrichtete Arbeit ist ein Unternehmen in der Lage, das insgesamt eingesetzte Kapital in Bewegung zu setzen, um so eine Mehrwertproduktion und -realisierung überhaupt zu ermöglichen. Unternehmen nur in Gestalt von „totem“ Kapital, ohne Beschäftigte, sind allenfalls eine Ausstellung oder ein Museum.

Nicht zuletzt impliziert Wirtschaftsdemokratie eine größere Demokratisierung des staatlichen Überbaus; hier sind vor allem mehr basisdemokratische Volksentscheide und eine größere Transparenz des gesamten öffentlichen Sektors in Form einer Haushalts-, Beschäftigungs- und Sozialberichterstattung vonnöten. Zur Verhinderung einer unternehmerischen Unterminierung des staatlichen Sektors durch Lobbysysteme und Korruption muss es außerdem eine strikte Trennung von Staat und privater Wirtschaft geben. Der demokratisch legitimierte Staat hat der Wirtschaft uneingeschränkt den Handlungsrahmen zu setzen und die Wirtschaft zu kontrollieren. Er ist nicht der „Diener“ der Wirtschaft, sondern die Wirtschaft hat dem Nutzen der ganzen Gesellschaft zu dienen.

---

Grafiken: SAFRAN WORKS, [www.safran-works.de](http://www.safran-works.de)